

Geschäftsstelle Magdeburg
Schellingstr. 3-4 · 39104 Magdeburg
Telefon: 0049 391 50549613/4
Telefax: 0049 391 50549615

Büro Halle (Saale)
Kurallee 15 · 06114 Halle (Saale)
Telefon: 0049 345 44502521
Telefax: 0049 345 44502522

Mail: info@fluechtlingsrat-lsa.de
Web: www.fluechtlingsrat-lsa.de

Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V. · Schellingstraße 3-4, 39104 Magdeburg

An die
Landesregierung Sachsen-Anhalt

Magdeburg, 3.11.2016

Offener Brief: Keine Wohnsitzauflagen innerhalb Sachsen-Anhalts

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Landtagsabgeordnete,

mit dem sogenannten Integrationsgesetz ist am 6.8.2016 auch die darin enthaltene Wohnsitzregelung in Kraft getreten. Danach sollen anerkannte Geflüchtete für drei Jahre in dem Bundesland wohnen müssen, dem sie zur Durchführung ihrer Asylverfahren zugeteilt wurden. Damit wird ihnen effektiv das u.a durch die Genfer Flüchtlingskonvention zugesicherte Recht auf Freizügigkeit verwehrt. Zudem wird damit das Gebot der Gleichbehandlung verletzt.

Trotz dieses Verstoßes gegen internationales und europäisches Recht ist die Wohnsitzauflage bezogen auf die Bundesländer zunächst Fakt. Es steht den Ländern jedoch frei, ob sie durch Landesregelungen weitere Einschränkungen vornehmen. Wir appellieren an die Landesregierung, von diesem Spielraum Gebrauch zu machen und auf Wohnsitzauflagen innerhalb Sachsen-Anhalts abzusehen. Das kommunale Interesse der Planbarkeit darf nicht schwerer wiegen als das Grundrecht auf Freizügigkeit!

Niedersachsen verzichtet ebenso wie Rheinland-Pfalz auf Wohnsitzauflagen für anerkannte Flüchtlinge innerhalb des Bundeslandes. Die niedersächsische Fraktionschefin der Grünen, Anja Piel, spricht von einem „Bürokratiemonster" und „echten Integrationsblocker": „Er gibt den Menschen das Gefühl, nicht selbst über ihr Leben bestimmen zu können. Zudem erschwert eine solche Auflage den Zugang zu Arbeit und Qualifikation. Im allerschlimmsten Fall werden Familien und Freundschaften zerrissen." Auch die Kommunalverbände in Niedersachsen sprechen sich gegen rechtliche Vorgaben aus. Damit die Menschen an einem Ort bleiben, brauche es stattdessen flächendeckende Angebote an Integrations- und Sprachkursen, so Thorsten Bullerdieck vom Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund.[1]

Wir fordern die Landesregierung auf, diesen Beispielen zu folgen und auf weitere Formen normierter Diskriminierungen zu verzichten. Statt sich immer neuer Sanktionen und bürokratischer Hürden zu bedienen, sind Land und Kommunen gefordert, attraktive Bedingungen und Perspektiven zu schaffen, damit Menschen hier selbstbestimmt leben wollen und können. In einem Bundesland mit stetiger Abwanderung können davon alle nur profitieren.

---

1 http://www.noz.de/deutschland-welt/niedersachsen/artikel/777904/fluechtlinge-sollen-wohnort-in-niedersachsen-selbst-waehlen-2



Geschäftsstelle Magdeburg
Schellingstr. 3-4 · 39104 Magdeburg
Telefon: 0049 391 50549613/4
Telefax: 0049 391 50549615

Büro Halle (Saale)
Kurallee 15 · 06114 Halle (Saale)
Telefon: 0049 345 44502521
Telefax: 0049 345 44502522

Mail: info@fluechtlingsrat-lsa.de
Web: www.fluechtlingsrat-lsa.de

Unterzeichner_innen:

Organisationen und Initiativen



Amnesty International Sachsen-Anhalt



Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.



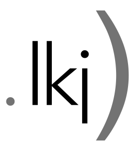
Friedenskreis Halle e.V.



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt



Halle gegen Rechts - Bündnis für Zivilcourage



.lkj) Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e.V.



Nolager Halle



Der PARITÄTISCHE Sachsen- Anhalt e.V.



Willkommensbündnis Südost

Fachschaftsrat der Philosophischen Fakultät I der Universität Halle

Hochschulgruppe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Initative Refugees Welcome Stendal

Studierendenrat der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg



Geschäftsstelle Magdeburg
Schellingstr. 3-4 · 39104 Magdeburg
Telefon: 0049 391 50549613/4
Telefax: 0049 391 50549615

Büro Halle (Saale)
Kurallee 15 · 06114 Halle (Saale)
Telefon: 0049 345 44502521
Telefax: 0049 345 44502522

Mail: info@fluechtlingsrat-lsa.de
Web: www.fluechtlingsrat-lsa.de

Einzelpersonen

Eine Liste mit den Unterschriften von **71 Einzelpersonen** wurde an die Landesregierung übergeben.

Statements von Unterzeichner_innen:

"Die Wohnsitzauflage verletzt bereits jetzt das Recht auf Freizügigkeit von Geflüchteten und verstößt gegen die Genfer Konvention. Sie hindert Geflüchtete daran, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Eine Verschärfung durch eine Wohnsitzauflage auf Landesebene würde Geflüchtete mit weiteren Verboten, Entmündigung und bürokratischen Hürden überziehen und sie zwingen, Genehmigungen zu beantragen, etwa wenn sie sich rassistischer Bedrohung und Gewalt entziehen müssen. Es braucht keine weitere Einschränkung von Grundrechten, sondern Unterstützung für Geflüchtete." (Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage)

"No lager halle sagt NEIN! zur Wohnsitzauflage. Das sogenannte Integrationsgesetz und die darin enthaltene Vorschrift, zwangsweise drei Jahre in einem Bundesland verbleiben zu müssen, stehen dem Recht auf Freizügigkeit und Bewegungsfreiheit aller Menschen absolut entgegen. Die Pläne, innerhalb Sachsen-Anhalts geflüchtete Menschen in ihrem Bewegungsradius noch weiter einzuschränken, lehnen wir entschieden ab. Die Erfahrungen zeigen, dass Menschen, die unfreiwillig und meist isoliert an Orten wie dem anhaltinischen Hinterland leben müssen, ein Ankommen und Zurechtfinden in der hiesigen Gesellschaft schwerer fällt oder gar unmöglich wird. Dafür gibt es benennbare Gründe, wie z.B. weniger soziale und kulturelle Netzwerke und Interaktionen, mangelnde Begleitung und Unterstützung bei der Bewältigung wichtiger Fragen und Probleme, kaum Aussicht auf eine Arbeit und erstarkter, alltäglicher Rassismus. Die Anbindung an Bekannte, Familie sowie UnterstützerInnen kann nicht verhindert werden, ohne die Integration massiv zu untergraben. Die Regelung, Menschen von bestimmten Orten fernzuhalten, nur weil sie dort möglicherweise nicht Deutsch als sog. ‚Verkehrssprache' nutzen, ist realitätsfern und von erschreckenden Vorurteilen durchzogen. Wir können diese Auflage daher nur als einen weiteren Versuch verstehen, auch Menschen mit einer Bleibeperspektive einzuschüchtern, zu gängeln und Bereiche des persönlichen Lebens, wie die Entscheidung "Wo will ich leben?", staatlicher Kontrolle zu unterwerfen.
Mit ‚Integration' aber hat das alles nichts zu tun." (no lager halle)

„Freiheit und Freiwilligkeit beflügeln die Menschen, Reglementierungen und Grenzen rauben Kraft und Initiative, von der wir in Sachsen-Anhalt sehr viel brauchen können.“ (Prof. Dr. Josefine Heusinger)

„Eine so drastische Beschneidung von Selbstbestimmungsrechten kann keine Basis der Integration von Menschen stellen.“ (Christiane Berger)

„Die Wohnsitzauflage ist ein massiver Einschnitt in die eigene Mobilität. Sie erschwert das Ankommen, sich integrieren und die eigene Entwicklung, da Entscheidungen wie Berufs-, Ausbildungswahl und das Zusammenleben mit Familie/Freund*innen für einen längeren Zeitraum eingeschränkt sind. Dazu kommt noch die alltägliche Konfrontation mit Wutbürger*innen in den meisten Kleinstädten, was dann auch noch auszuhalten gilt.“ (Kathrin Lau)

„Eine sogenannte ‚Integration' wird von Politik und Gesellschaft ständig und so vehement gefordert, daß es einer Aufforderung zur Assimilation gleich kommt. Im gleichen Atemzug werden Gesetze erlassen, die ein hier ankommen und leben verhindern.“ (Cynthia Zimmermann)



Geschäftsstelle Magdeburg
Schellingstr. 3-4 · 39104 Magdeburg
Telefon: 0049 391 50549613/4
Telefax: 0049 391 50549615

Büro Halle (Saale)
Kurallee 15 · 06114 Halle (Saale)
Telefon: 0049 345 44502521
Telefax: 0049 345 44502522

Mail: info@fluechtlingsrat-lsa.de
Web: www.fluechtlingsrat-lsa.de

„Niemand ist ein leerer Karton, den man überall hinstellen und stapeln kann. Wie jeder andere Mensch auch haben anerkannte Flüchtlinge das Recht auf Bewegungsfreiheit. Weil davon die Frage abhängt mit wem man zusammen lebt, ob man seine Familie und Freunde sieht, wen man neues kennenlernt, ob man arbeiten kann oder neues lernt. Diese Frage kann und darf keine Behörde beantworten." (Ronja Wagner, Clemens Reichhold)

„Gerade in Ostdeutschland sollte noch in Erinnerung sein, dass Freizügigkeit ein Menschenrecht ist!" (Oliver Kloss)

„Jeder Mensch muss das Recht haben, seinen Wohnort selbst zu bestimmen! Das ist ein Menschenrecht und auch in der Genfer Flüchtlingskonvention niedergeschrieben. Beenden wir die Sonderbehandlung von geflüchteten Menschen!" (Marieke Schippert)

„Diese Wohnsitzauflage widerspricht den Werten unserer Demokratie. Die Verletzung von Menschenrechten darf nicht zum legislativen Mittel von scheinbaren Mehrheitsinteressen werden." (Caroline Wolff)